

Berichte



2008

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

4

Deutsches Institut für Urbanistik

In eigener Sache

- 2 Difu neu aufgestellt: Umstrukturierung und Neuausrichtung als Basis für eine erfolgreiche Zukunft

Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen

- 5 Neues Raumordnungsrecht des Bundes im Planspieltest
- 6 Transformation städtischer Wasser-Infrastrukturen: Internationale Erfahrungen aus Modellprojekten anderer Industrieländer nutzen
- 7 Folgekosten der Siedlungsentwicklung
- 8 Alle Flächen im Netz? Nutzung von IuK-Anwendungen zur Erschließung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien
- 9 Klimaschutz und kommunales Energiemanagement: 13. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Neue Projekte

- 10 Neue Klimaschutzinitiative fördert kommunalen Klimaschutz: Difu-Servicestelle betreut Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“
- 11 Infrastruktur und Stadtentwicklung
- 12 Neues im Difu-Internet und -Extranet
- 13 Difu-aktiv
- 13 Difu-intern
Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 14 Mediennachlese
- 15 Impressum
- 16 Bestellschein

Difu neu aufgestellt

Umstrukturierung und Neuausrichtung als Basis für eine erfolgreiche Zukunft



Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Am 21. Juli 2008 beschloss die Mitgliederversammlung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. – des bisherigen Trägers und jetzigen Gesellschafters des Difu – die Umwandlung des Deutschen Instituts für Urbanistik in eine gemeinnützige GmbH. Dies erfolgte rückwirkend zum 1. Januar 2008. Bestärkt und unterstützt wurde das Institut in diesem Prozess von seinen Förderern, dem Deutschen Städtetag, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie dem Land Berlin. Durch die Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH hat das Institut nun eine eigene Rechtsform mit größerer Selbstständigkeit und Verantwortung bei der inhaltlichen und organisatorischen Profilierung. Alleiniger Gesellschafter ist der Verein für Kommunalwissenschaften.

Die bewährte differenzierte Finanzierungsstruktur wurde beibehalten: Die Mischfinanzierung durch Zuwerderstädte, Bund, Sitzland Berlin, Verein für Kommunalwissenschaften sowie selbst akquirierte Mittel – die fast die Hälfte des Budgets ausmachen – sichert das Institut langfristig ab und gewährleistet die Aufrechterhaltung der thematischen Breite bei der Bearbeitung der für die Städte relevanten Themen.

Zukünftige thematische Ausrichtung des Difu

Das Difu sieht sich der zukunftsfähigen, ganzheitlichen Stadtentwicklungspolitik verpflichtet, nur so kann die „Zukunft der Städte“ gesichert werden. Das Leitprinzip lautet daher „Städte der Zukunft brauchen Wissen“. Das Institut fühlt sich verantwortlich und kompetent, die Städte durch praxisorientierte Forschungsarbeit bei der Bewältigung der anstehenden Transformationsprozesse ihrer Sozial- und Wirtschaftssysteme zu unterstützen. Zielgerichtete, erfolgreiche Anpassungsprozesse erfordern Wissen über Gegebenheiten, Einflussgrößen und Wirkungszusammenhänge, Handlungsmöglichkeiten und deren Wirkungen sowie über Prozesse, Strukturen, Beteiligungen und Aktivierungsvorgänge.

Die Auseinandersetzung mit den ökonomischen Grundlagen der Städte, mit der Sicherung des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Gerechtigkeit in den Städten

sowie mit den zunehmend bedeutsamer werdenden Anforderungen an lokale sowie globale ökologische und klimatische Qualitäten bilden daher die Schwerpunkte der inhaltlichen Neuorientierung des Difu und damit der Arbeit der wissenschaftlichen Bereiche.

Unter dem Leitthema „Zukunft der Städte und Stadtregionen“ setzt das Difu künftig Themenakzentuierungen in folgenden Bereichen:

- globaler und europäischer Handlungsrahmen der Städte,
- Position der Städte in Europa und im Verfassungssystem,
- Handlungsfähigkeit der Städte,
- Renaissance der Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandorte,
- Städte als energie- und ressourcen-effiziente Siedlungs- und Lebensformen.

Dabei werden die zu bearbeitenden Themen interdisziplinär bearbeitet:

- Wirtschaft, Finanzen/Steuern,
- soziale Stadtentwicklung, Integration,
- baulich-räumliche Stadtentwicklung,
- Infrastrukturen und Mobilität/Verkehr,
- Umweltqualitäten, integrierter Umweltschutz.

Themen wie Public-Private-Partnership, Lärmschutz, Immissionsschutz, Klima, funktionsfähige Zentren oder Alte Menschen zeigen, dass notwendigerweise interdisziplinär geforscht werden muss. In den wissenschaftlichen Arbeitsbereichen wendet sich das Difu in den nächsten Jahren aktuellen kommunalrelevanten Themen zu:

Arbeitsbereich „Stadtentwicklung, Recht und Soziales“

Im Zusammenhang der baulich-räumlichen und sozialen Stadtentwicklung stehen insbesondere benachteiligte und vom Zurückbleiben gefährdete Quartiere im Vordergrund. Die Integration von Menschen unterschiedlichen Alters, sozialer Herkunft und ethnischer Bezüge ist ein weiteres wichtiges Forschungsfeld. Themen wie Jugendhilfe und insbesondere „Frühe Hilfen“ sind neue Handlungserfordernisse. Dabei stehen im „sozialräumlichen“ Handlungszusammen-

hang gleichermaßen Wohn- und Wohnungsumfeldqualitäten, Solidarität und zivilgesellschaftliches Engagement, vor allem aber auch Bildung, Gesundheit und soziale Infrastrukturen im Vordergrund. Mit dem methodischen Ansatz der Sozialraumorientierung für Analyse, Entwicklung von Handlungskonzepten, Umsetzung und Betrieb weist das Difu besondere Qualifikation und Erfahrung auf.

„Wissen“ ist die wesentliche Voraussetzung, um Menschen Lebenschancen, Perspektiven, Optionen zur Wahl von Beruf und Lebensweisen, aber auch Befähigungen zum zivilgesellschaftlichen und politischen Engagement zu sichern. „Wissen“ ist damit auch Voraussetzung für die unverzichtbare Förderung von Arbeitskräften für die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und zur erfolgreichen sozialen und ethnischen Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen unter Sicherung einer hohen Eigenständigkeit. Auf diese Potenziale greifen Handlungsprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden zurück, wie z.B. die vom Difu begleiteten Projekte „Soziale Stadt“ bzw. „Nationale Stadtentwicklungspolitik“. Wissensgenerierung erfolgt häufig auch durch Planspiele, die einer praktischen Umsetzung und deren Controlling und Evaluation vorauslaufen. Die im Bereich von Bau-, Planungs- und Raumordnungsrecht im Difu erworbenen Qualifikationen sollen ausgebaut und für weitere kommunale Handlungsfelder bzw. für Politikgestaltung mit kommunalem Bezug fruchtbar gemacht werden.

Arbeitsbereich „Wirtschaft und Finanzen“

Zur Sicherung einer stabilen wirtschaftlichen Basis und finanziellen Grundlage der Städte und Gemeinden geht es neben der Bestandspflege und -entwicklung vorhandener Wirtschaftszweige und Betriebe um die Gesamtheit von Wirtschaftsförderung und die Erschließung von Innovationspotenzialen. Dabei kommt den kommunalen Anstrengungen entgegen, dass der Handel und vor allem innovationsorientierte Branchen wie die „Kreativwirtschaft“ eine zunehmende Stadtaffinität aufweisen, die durch städtische Standort-, Umfeld- und Infrastrukturqualitäten gefördert werden kann.

In der Wirtschaft werden unter anderem „Wissens-Cluster“ als zentrale Entwicklungsbedingungen für die lokale und/oder regionale Wirtschaftsentwicklung identifiziert und zur Grundlage verschiedener Handlungsstrategien wie der Förderung von Exzellenz-Hochschulen und damit indirekt deren Spin-Offs, wie Wirtschaftsförderung, Ansiedlungs-

politik oder Netzwerkbildung gemacht. Aktuell stellen sich auch die „klassischen“ Fragen der Haushaltssicherung und Haushaltskonsolidierung neu. Unter der Annahme, dass ein mittelfristiger Schuldenabbau kaum möglich sein wird, ist die Ausgestaltung eines risikoarmen Schuldenbestandsmanagements zentral. Im Umgang mit der kommunalen Infrastruktur geht es im Wesentlichen um das Ausloten von Effizienzspielräumen.

Arbeitsbereich „Klima und Ressourceneffizienz“

Städte sind für die Zukunft darauf angewiesen, Raum-, Bau- und Betriebsstrukturen künftig energie- oder ressourceneffizienter sowie unter Reduktion von klimaverändernden Emissionen neu auszurichten. Hinzu kommt das Erfordernis, potenzielle Folgewirkungen von Klimaveränderungen frühzeitig zu antizipieren und bei der Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Im Rahmen der Förderung der Ressourceneffizienz geht es vor allem auch darum, Stoff- und Energieströme in den Städten und Regionen effektiv und effizient zu gestalten, Lebenszyklusbetrachtungen in alle kommunalen Leistungsbereiche einzubringen und neue Steuerungsansätze zu prüfen. Das Difu wird seine Beiträge zur klimagerechten Stadtentwicklung und zur Förderung der Ressourceneffizienz verstärken.

Arbeitsbereich „Infrastruktur und Mobilität“

Im Zusammenhang mit der verantwortlichen Gestaltung der Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft von Städten und Gemeinden haben soziale und technische Infrastrukturen sowie Verkehr/Mobilität eine besondere Bedeutung. Mobilität und Verkehr sind Voraussetzungen wie auch Folgen der Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten der Stadtbürger sowie der wirtschaftlichen Austauschprozesse in Stadt und Region.

Grundlegend für die Arbeit des Difu ist die Auseinandersetzung mit den extern durch EU, Bund und Länder gesetzten Rahmenbedingungen wie Zuständigkeiten, Finanzausstattung, Organisationsformen und vor allem die Normsetzung durch EU und Bund. Es werden Möglichkeiten erarbeitet, wie die kommunalen Spitzenverbände und die Kommunen auf die europäischen Rahmenbedingungen Einfluss nehmen können.

Außerdem werden die Arbeiten des Difu zur Ausgestaltung einer zukunftsfähigen kommunalen und regionalen Verkehrssystemgestaltung wie Radverkehr, Fußgängerverkehr, Parkraumbewirtschaftung, Öffent-

licher Nahverkehr, Verkehrsmanagement, Verkehrsfinanzierung usw. verstärkt.

Wissen als „driving force“ der Stadtentwicklung

Die Bedeutung von „Wissen“ für die Vorbereitung und Sicherung zukunftsfähiger Stadtentwicklung nimmt unter den veränderten Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung weiter zu. Es sind dies Rahmenbedingungen wie Globalisierung der Märkte, der Ideen und der Kontaktkreise, wie Liberalisierung, Erweiterung der Europäischen Union, aber auch Handlungsanforderungen aus der Sicherung des sozialen Gleichgewichts und der sozialen und ethnischen Integration, der Förderung von Klimaschutz und des sparsamen und effizienten Umgangs mit Ressourcen.

Dabei kommt der Grundlagenforschung und vor allem der Anwendungsforschung in den für kommunale Entwicklungen relevanten Wissensbereichen eine besondere Bedeutung zu, um Wissen zu generieren, aufzubereiten und bereitzustellen. Für die Städte, Gemeinden, Stadtregionen und deren Spitzenverbände muss eine interdisziplinäre und handlungsorientierte Kommunalwissenschaft Handhabungswissen zur „integralen“ Gestaltung technischer, rechtlicher, finanzieller, prozessualer, organisatorischer und sonstiger Bedingungen bereitstellen.

Aufgaben einer praxisorientierten Kommunalwissenschaft sind u.a. Befundbeschreibungen, Analysen, die Entwicklung von Handlungsvorschlägen, Praxistests, Auswertungen sowie deren Vermittlung durch Veröffentlichungen, Vorträge usw. Sie sind die Grundlage für Beratungen sowie für

Informationsangebote im Inter- und Extranet und Fortbildungsveranstaltungen. An dieser Schnittstelle hat sich das Difu seit über 35 Jahren als kommunalwissenschaftliche Forschungseinrichtung der Städte bewährt und stellt sich den heutigen und künftigen Herausforderungen. Dies ist auch deshalb nötig, weil – im Gegensatz noch zu den 70er und frühen 80er Jahren – viele Städte ihre eigene Stadtforschung bzw. Stadtentwicklung aus finanziellen Gründen zunehmend aufgegeben haben. Diesen Ausfall kompensiert teilweise das Difu mit dem Vorteil, dass die „Quer- und Draufsicht“ besondere Chancen zur Verallgemeinerung, zu breit abgesicherten Empfehlungen und Hinweisen sowie zu stadttypspezifischen Aussagen eröffnet. Die Breite der bearbeiteten Themenfelder zeigt, dass das Institut, anders als die Hochschulforschung und die Forschung anderer Institutionen, sich insbesondere durch einen hohen Grad an Inter- und Transdisziplinarität wie auch an Umsetzungserfahrungen, an Handlungs- und Umsetzungsbezug sowie an Vermittlungserfahrungen an die Praxispartner auszeichnet. Mit den Leistungsbereichen der „Fortbildung“ und des „Wissensmanagements“ ist das Difu ein wesentlicher Knoten der Wissensaufbereitung und der -vermittlung. Eine wichtige Rolle erfüllen auch die Bereiche der Vermittlung der Forschungsergebnisse und der Difu-Angebote in die (Fach-)Öffentlichkeit, sei es durch die Erstellung von Publikationen oder durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Fazit

Das Difu stellt sich bewusst und engagiert der Herausforderung, Trends und deren Wirkungen zu analysieren, Chancen und Risiken für die Städte aufzuzeigen und Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Das Difu wird auch weiterhin in enger Kooperation mit den Gemeinden Bundesprogramme und -projekte begleiten und unterstützen. Im Rahmen seiner Aufgabe der Wissensgenerierung, der Wissensaufbereitung und -vermittlung ist das Difu Partner für Städte, kommunale Spitzenverbände, Bund, Länder, Stiftungen, weitere Aufgabenträger wie auch für die Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Gruppen. Zusammenfassend kann festgestellt werden: Wenn es das Difu nicht gäbe, müsste es gerade heute – angesichts der vielfältigen Veränderungen der Rahmenbedingungen kommunalen Handelns – gegründet werden. Überlegungen in anderen europäischen Ländern, Einrichtungen ähnlich dem Difu aufzubauen, zeigen die Notwendigkeit einer unabhängigen Forschungs- und Fortbildungseinrichtung, die speziell auf den Wissensbedarf von Städten und Gemeinden ausgerichtet ist.



Neues Raumordnungsrecht des Bundes im Planspieltest

Nach der Föderalismusreform unterliegt das Recht der Raumordnung der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes. Die vorher bestehende Rahmengesetzgebungskompetenz wurde generell abgeschafft. Daher brachte die Bundesregierung ein Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Raumordnung auf den Weg, das am 13. November 2008 vom Deutschen Bundestag in zweiter und dritter Lesung behandelt und verabschiedet wurde und nach erneuter Befassung des Bundesrates voraussichtlich Anfang Januar 2009 im Bundesgesetzblatt bekannt gemacht wird. Vorbereitend und begleitend zum parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren führte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamtes für Raumordnung (BBR) – wie bei früheren Novellen im Bereich des Städtebaurechts – ein Planspiel durch. Ziel dieses Planspiels war die Überprüfung des Gesetzentwurfs durch die Normadressaten – also die Träger der Raumordnungsplanung sowie die Raumordnungsbehörden – mit dem Ziel, im Vorfeld des eigentlichen Gesetzgebungsakts Hinweise zu einer Verbesserung des Gesetzentwurfs zu erhalten.

An dem Planspiel waren insgesamt sechs Träger der Regionalplanung beteiligt: die Regierung von Oberbayern mit dem Regionalen Planungsverband München, der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, der Regionale Planungsverband Mittleres Mecklenburg/Rostock, der Zweckverband Großraum Braunschweig, die Bezirksregierung Münster und der Regionale Planungsverband Westsachsen. Als Träger der landesweiten Planung war die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg einbezogen. Dem Planspiel wurden zahlreiche Praxisbeispiele der beteiligten Planungsträger bzw. Raumordnungsbehörden zugrunde gelegt.

Vor dem Hintergrund der mit der Föderalismusreform neu eingeführten Abweichungskompetenz der Länder wird das neue Raumordnungsgesetz (ROG) gesetzgeberische Zurückhaltung üben und insbesondere im Bereich der Raumordnung in den Ländern Raum für ergänzendes Landesrecht lassen.

Der Gesetzentwurf enthält vier Abschnitte. Nach den allgemeinen Vorschriften finden sich gesonderte Abschnitte zur Raumordnung in den Ländern und zur Raumordnung im Bund. Der letzte Abschnitt ist den ergänzenden Vorschriften und Schlussvorschriften gewidmet. Im Rahmen dieser Struktur werden die eingeführten Regelungen der bisherigen ROG ohne gravierende Erweiterung fortentwickelt. Bestätigt werden das zweistufige System der Raumordnungsplanung sowie das Raumordnungsverfahren. Die Grundsätze der Raumordnung wurden an die fortgeschrittenen Erkenntnisse der Raumordnungsdebatte angeglichen. Neu ist die noch deutlichere Betonung der raumordnerischen Zusammenarbeit als eine Säule der Raumordnung sowie die ausdrückliche Klarstellung der Zulässigkeit von Zielausnahmen.

Das wichtigste Ergebnis des Planspiels ist, dass die mit dem Gesetzentwurf von der Bundesregierung verfolgte Zielsetzung, einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Regelungsrahmen für das Recht der Raumordnung zu erhalten, breite Unterstützung gefunden hat. Begrüßt wurde auch das Konzept, geltende landesrechtliche Regelungen zur Raumordnung in den Ländern, die die bundesrechtlichen Anforderungen ergänzen, grundsätzlich fortgelten zu lassen, auch wenn hier punktuell Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen lediglich ergänzenden und gleichlautenden Vorschriften erwartet werden. Aus der Sicht der Praxis hat sich das Zusammenspiel zwischen Bundesrecht und Landesrecht im Grundsatz bewährt. Die landesrechtlichen Besonderheiten sollten nicht unnötig aufgegeben werden.

Hervorzuheben ist, dass eine Vielzahl von Anregungen aus dem Planspiel bereits vor Einleitung des parlamentarischen Verfahrens durch die Bundesregierung und später durch das Parlament aufgegriffen wurden. Dementsprechend würdigten die Fraktionen im Rahmen der Ausschussberatungen des Bundestages das Planspiel als beispielgebendes Verfahren der Gesetzesvorbereitung.

Die Sonderveröffentlichung steht online auf der Difu-Homepage bereit: www.difu.de/publikationen/abfrage.php?id=988.

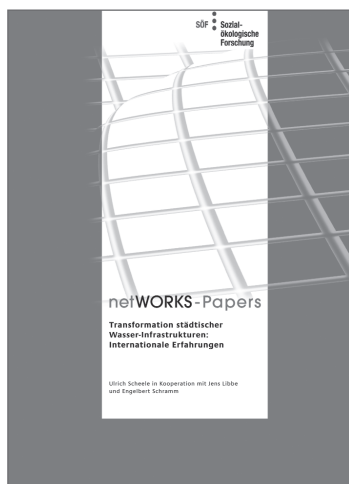


Weitere Informationen:
Privatdozent Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Download:
www.difu.de/publikationen/abfrage.php?id=988

Transformation städtischer Wasser-Infrastrukturen

Internationale Erfahrungen aus Modellprojekten anderer Industrieländer nutzen



Eine neue Studie des Forschungsverbundes netWORKS dokumentiert Modellprojekte neuer Wasserversorgungs- und Sanitärkonzepte aus Ballungsräumen verschiedener Industrieländer.

Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern ist in den letzten Jahren die Zahl der Projekte und Initiativen angestiegen, die sich mit Möglichkeiten neuartiger Versorgungs- und Sanitärkonzepte im Bereich der Wasserinfrastruktur befassen. Bisher gab es jedoch keinen systematischen Überblick dieser Initiativen. Eine aktuelle Studie des Forschungsverbundes netWORKS bündelt im Sinne einer Bestandsaufnahme internationale Erfahrungen und dient damit auch als Grundlage für Überlegungen zu den Möglichkeiten der Transformation städtischer Wasser-Infrastrukturen in Deutschland. An der Untersuchung waren maßgeblich das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), die Arbeitsgruppe für regionale Struktur und Umweltforschung (ARSU) sowie das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) beteiligt.

In die von Prof. Ulrich Scheele, ARSU Oldenburg, in Kooperation mit dem Difu und dem ISOE erstellte Studie wurden solche Projekte einbezogen, die in einem ökonomisch-institutionellen Umfeld realisiert wurden, das dem Deutschlands vergleichbar ist. Betrachtet wurden vor allem Ballungsräume. Damit eine Übertragbarkeit der Erfahrungen auf Deutschland bewertet werden kann, wurden die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den untersuchten Ländern und Regionen berücksichtigt. So sind im Gegensatz zu Deutschland abnehmende Bevölkerungszahlen in anderen Industrienationen eher selten ein Anlass, über notwendige Anpassungsstrategien in der Ver- und Entsorgung nachzudenken. Häufig sind es der anhaltend hohe Siedlungsdruck oder die Auswirkungen des Klimawandels, die eine Fortsetzung der bisherigen Ver- und Entsorgungsmodelle erschweren. Doch auch die klassischen Probleme unzureichender Wasserressourcen geben vielfach den Ausschlag für die Suche nach neuen, nachhaltigen Ver- und Entsorgungskonzepten.

Eines der untersuchten Beispiele ist das Wohngebiet Lanxmeer auf dem Gebiet der niederländischen Kommune Culemborg (27.000 Einwohner). Dort wurde seit Mitte der 1990er Jahre ein Konzept nachhaltiger Stadtentwicklung umgesetzt. Der Wasserversorgung und dem Umgang mit häuslichem Abwasser kam dabei eine besondere Rolle zu. Ein weiteres dokumentiertes Projekt liegt in der japanischen Hafenstadt Fukuoka City (1,3 Mio Einwohner), wo mittlerweile ein Gebiet von knapp acht km² mit recyceltem Abwasser für die Toiletten versorgt wird. Die Größenordnung dieses Projekts zeigt, dass neue Versorgungs- und Sanitärkonzepte im Bereich der Wasserinfrastruktur ihr Nischen-dasein zunehmend verlieren.

Die Studie ist als netWORKS-Paper Nr. 25 erschienen und kann kostenlos beim Deutschen Institut für Urbanistik bezogen werden. Auch als Online-Veröffentlichung steht sie zur Verfügung und kann von der Website des Projekts herunter geladen werden: www.networks-group.de/veroeffentlichungen/index.phtml.

Nähere Informationen zum Forschungsverbund und zum Projekt „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“ sind im Internet unter www.networks-group.de/ zu finden.

Das Projekt „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ gefördert.



Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt
Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de
www.networks-group.de

Folgekosten der Siedlungsentwicklung

Die Folgekosten der Siedlungsentwicklung sind ein zentrales Thema im Förderschwerpunkt „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“ (REFINA) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), dessen projektübergreifende Begleitung das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Jahr 2006 übernommen hat.

Siedlungsentwicklung und Folgekosten

Die Forderung nach einer zukunfts-, generationen- und demografiegerechten Siedlungsentwicklung macht die langfristigen Folgekosten der Flächenentwicklung bei Städten, Gemeinden und Regionen zum „Zukunftsthema“. Kosten und Nutzen von Flächenausweisungen sollen künftig bei flächenbezogenen Planungen und Entscheidungen stärker beachtet werden, wobei die langfristigen Folgen von Flächenausweisungen unter anderem für die damit verbundene technische und soziale Infrastruktur zunehmend in den Mittelpunkt rücken. Mehr Kostenwahrheit kann dazu beitragen, einer aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht problematischen Zersiedelung entgegenzuwirken. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung bedarf es in den Kommunen flächenpolitischer Entscheidungen mit Augenmaß, um künftig den Aufwand für den Unterhalt von Infrastrukturen, beispielsweise der Ver- und Entsorgung oder des öffentlichen Personennahverkehrs, im Griff behalten zu können. Ausreichende Siedlungs- und Nutzerdichten bzw. Auslastungsgrade sind notwendig, um die Rentabilität von Infrastrukturen für öffentliche und private Haushalte langfristig zu sichern. Bei den sozialen Infrastrukturen werden vielerorts Anpassungen an eine sich verändernde Altersstruktur und perspektivisch sinkende Einwohnerzahlen erforderlich.

Mehr Kostentransparenz in der Siedlungsentwicklung

In mehreren REFINA-Vorhaben werden Werkzeuge für die Ermittlung von Folgekosten der Siedlungsflächenentwicklung entwickelt, die die Kommunalpolitik und -verwaltung bei der Vorbereitung flächenpolitischer Entscheidungen unterstützen sollen. In Ergänzung zu bislang üblichen städtebaulichen Kalkulationen kann mit Hilfe dieser Werkzeuge eine über das eigentliche Bau-

vorhaben hinausgehende Betrachtung von langfristigen Folgekosten angestellt werden. Außerdem kann auf der Basis von vergleichenden Kostenfolgenbetrachtungen verschiedener potenzieller Baugebiete eine strategisch orientierte Festlegung von räumlichen und zeitlichen Prioritäten der Flächenentwicklung in der Kommune unterstützt werden. Dabei können unterschiedliche Strategien der Flächenentwicklung – Baulückenentwicklung, Siedlungsabrundung, Siedlungserweiterung, Branchenrevitalisierung – betrachtet und ggf. gegenübergestellt werden. Im Vorhaben „LEAN2 – Kommunale Finanzen und nachhaltiges Flächenmanagement“ wird in Kooperationen mit Kommunen aus Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt das rechnergestützte Bewertungstool LEAN zur Darstellung der fiskalischen Auswirkungen der lokalen Wohnsiedlungsentwicklung entwickelt. Im Vorhaben „Wohn-, Mobilitäts- und Infrastrukturkosten – Transparenz der Folgen der Standortwahl und Flächeninanspruchnahme am Beispiel der Metropolregion Hamburg“ entstehen verschiedene Werkzeuge zur Abschätzung der Folgekosten von Baugebieten für die Kommunen und ihre Bürger. Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen der Siedlungsentwicklung im Bereich Wohnen als Input für Szenarien zur Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung auf kommunaler und regionaler Ebene am Beispiel der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler stehen im Mittelpunkt des Vorhabens „Regionales Portfoliomanagement“.

REFINA-Veröffentlichungsreihe

Die Forschungsergebnisse der REFINA-Vorhaben zu den Folgekosten der Siedlungsentwicklung werden im Mittelpunkt des ersten Bandes der neuen REFINA-Veröffentlichungsreihe „Beiträge aus der REFINA-Forschung“ stehen. Weitere Bände werden Ergebnisse aus REFINA-Vorhaben zur Kommunikation im Flächenmanagement und zur Flächenbewertung zum Inhalt haben. Die dreibändige REFINA-Veröffentlichungsreihe, die im Frühjahr bis Sommer 2009 erscheinen wird, richtet sich in erster Linie an die interessierte Fachöffentlichkeit in den Kommunen, Regionalverbänden, Ingenieur- und Planungsbüros, aber auch an Bundes- und Landesressorts mit Bezug zu REFINA-Themen.

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

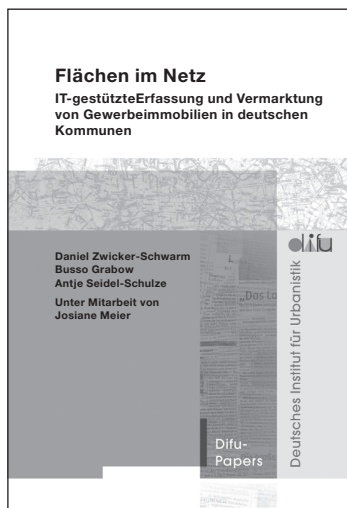
Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de
www.refina-info.de



Fotos: Thomas Preuß

Alle Flächen im Netz?

Difu-Umfrage: Nutzung von IuK-Anwendungen zur Erschließung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien



Weitere Informationen:

Dipl.-Verw.Wiss.

Daniel Zwicker-Schwarm

Telefon: 030/39001-154

E-Mail: zwicker-schwarm@difu.de

Dr. rer. pol. Busso Grabow

Telefon: 030/39001-248

E-Mail: grabow@difu.de

Die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien gehören zu den wichtigen Aufgaben der kommunalen Wirtschaftsförderung. Neben den klassischen Gewerbeflächen auf der „grünen Wiese“ betrifft dies zunehmend auch untergenutzte Gewerbeareale sowie Industrie- und Gewerbebrachen. Eine wichtige Rolle bei der Aktivierung und Wiedernutzung dieser Gewerbeflächenpotenziale spielen neben planerischen und finanziellen Aspekten die verwaltungsinterne Kommunikation sowie der intensive Informationsaustausch mit Flächeneigentümern, standortsuchenden Unternehmen sowie der Immobilienwirtschaft. Welche Rolle dabei IuK-Anwendungen wie z.B. geographische Informationssysteme oder kommunale Gewerbeimmobilienportale spielen, beantwortet ein neues Difu-Paper.

In der Veröffentlichung werden die Ergebnisse einer Umfrage zur IT-gestützten Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien in deutschen Kommunen vorgestellt. Ergänzt werden diese um die Darstellung ausgewählter kommunaler und regionaler Lösungen. Dabei wurden verschiedene Aspekte untersucht:

- **Breite des Datenangebots:** Inwiefern werden in Kommunen auch Baulücken, untergenutzte Gewerbeareale oder Industrie- und Gewerbebrachen, die sich oftmals

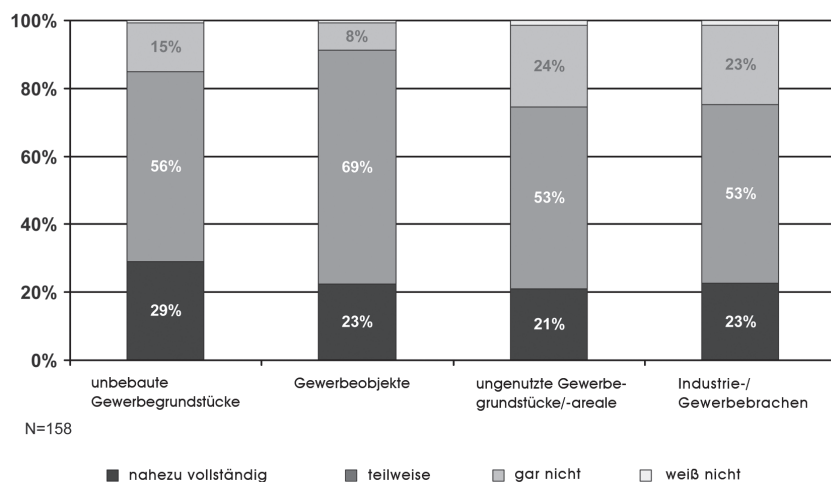
nicht in kommunalem Besitz befinden, erfasst und vermarktet?

- **Interaktionsmöglichkeiten:** Eine funktionale Nutzeroberfläche bietet Nachfragern z.B. die kartographische Objektsuche oder geeignete Exportmöglichkeiten für Suchergebnisse. Für Anbieter bestehen (unter Umständen automatisierte) Möglichkeiten zur eigenständigen Dateneingabe und -pflege.
- **Verwaltungsinterne Vernetzung:** Inwiefern erfolgt durch eine ämterübergreifende Erfassung, Pflege und Nutzung der Immobiliendaten (z.B. Wirtschaftsförderung, Stadtplanung oder Liegenschaftsamt) ein interner Austausch des Immobilienwissens?
- **Externe Vernetzung:** Sind die Daten der kommunalen IT-Lösung Teil eines regionalen Verbundes oder fließen in überregionale, kommerzielle Immobilienplattformen ein?

Die Umfrageergebnisse und Fallstudien verdeutlichen, dass die deutschen Kommunen in den letzten Jahren beachtliche Aktivitäten zur IT-gestützten Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien entfaltet haben. So erfassen fast alle befragten Kommunen ihre eigenen Gewerbeflächen computergestützt. Vielfach erfolgt auch die Erfassung von Branchen und untergenutzten Gewerbearealen privater Eigentümer. Jedoch sind die entwickelten Systeme nicht in allen untersuchten inhaltlichen, technischen und organisatorischen Dimensionen gleichermaßen leistungsfähig. Spezifische Stärken und Schwächen spiegeln auch die unterschiedlichen (immobilien-)wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen, politischen Zielsetzungen sowie finanziellen und personellen Ressourcen wider, die in den untersuchten Kommunen anzutreffen sind.

Kommunalumfrage und Fallstudien sind Teil des Projekts „Flächen ins Netz (FLITZ)“, in dem das Difu noch bis Ende 2009 zusammen mit der Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung (GEFAK) und der Stadt Gera die Möglichkeiten von E-Government für die Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen erforscht. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Förderschwerpunkts REFINA unterstützt.

Umfang der kommunalen Erfassung von Gewerbeimmobilien anderer Eigentümer



Deutsches Institut für Urbanistik

Klimaschutz und kommunales Energiemanagement

Dokumentation des 13. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten

Die Bedeutung des kommunalen Energiemanagements wächst stetig. Wichtige Gründe dafür sind einerseits die weiterhin steigenden Preise für Strom, Gas und Öl sowie die damit verbundene Notwendigkeit der Energieeinsparung und der möglichst effizienten Nutzung der Energieressourcen. Andererseits sind die Anforderungen an den kommunalen Klimaschutz angesichts der aktuellen Diskussionen über den Klimawandel gestiegen. Ein Schwerpunkt des 13. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten, der am 7. und 8. April 2008 in Kaiserslautern mit rund 200 Teilnehmern aus der gesamten Bundesrepublik stattfand, bestand daher darin, die Verknüpfungen von Maßnahmen und Projekten des kommunalen Energiemanagements mit den Herausforderungen des Klimaschutzes zu verdeutlichen.

Mit der Durchführung von eigenen Projekten und Maßnahmen dokumentieren Städte und Gemeinden ihr Engagement für den Klimaschutz. Zahlreiche realisierte Maßnahmen und Projekte haben in vielen Städten und Gemeinden bereits zu Erfolgen geführt. Damit können sie beispielgebend für Bevölkerung und Privatwirtschaft sein und eine wichtige Vorbildfunktion ausüben.

Einige Kommunen sind bereits vorbildlich bei der Umsetzung von Maßnahmen und Projekten zur Energieeinsparung und Energieeffizienz, andere glänzen beim Einsatz und bei der Nutzung von erneuerbaren Energien. Einige Städte und Gemeinden haben Klimaschutzkonzepte oder CO₂-Bilanzen erstellt, um ihre spezifischen Handlungsmöglichkeiten aufzuschlüsseln und zugleich Prioritäten festlegen zu können.

Durch kommunales Energiemanagement konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich der Einsatz von Wärme, Strom und auch Wasser minimiert werden. Dadurch wurden die kommunalen Haushalte entlastet, wichtige Ressourcen geschont und gleichzeitig die Luftbelastung sowie der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert, so dass ein bedeutender Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden konnte.

Grundsätzlich besteht in den Kommunen auch Einigkeit darin, dass der Einsatz erneuerbarer Energien verstärkt werden muss und hier noch erhebliche Potenziale ausgeschöpft werden können. Die damit verbundenen Vorteile der Verminderung von CO₂-Emissionen, Versorgungssicherheit, der hohe Imagegewinn und die Beschäftigungseffekte vor allem für das lokale Handwerk wurden von den Kommunen längst erkannt. Hemmnisse bestehen jedoch vielerorts darin, dass die finanziellen Investitionen und eine teilweise noch zu geringe Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energien den begrenzt zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln und einem zu verzeichnenden Sanierungstau bei öffentlichen Gebäuden entgegenstehen.

Auf dem Fachkongress wurden zu bedeutenden Themen des kommunalen Energiemanagements neue Verfahren, Ansätze und Beispiele aus der Praxis der Energiebeauftragten vorgestellt und diskutiert. Der Kongress diente damit zugleich als Fortbildungsveranstaltung und als Plattform für Erfahrungsaustausch und Diskussion nach dem Motto „aus der Praxis für die Praxis“.

Im Rahmen des 13. Kongresses fanden insgesamt 18 Workshops zu folgenden Themenschwerpunkten statt:

- Klimaschutz und Energiemanagement,
- Energieeffizienz,
- Erneuerbare Energien,
- Energie im Gebäudemanagement,
- Energiemanagement in kleinen und mittleren Kommunen,
- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Beiträge der Referenten sowohl bei den Veranstaltungen im Plenum als auch in den Workshops wurden vom Deutschen Institut für Urbanistik unter dem Titel „Klimaschutz und kommunales Energiemanagement“ in der Reihe „Difu-Impulse“ dokumentiert.

Hinweis: Der 14. Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten wird am 27. und 28. April 2009 in Münster mit dem Schwerpunkt „Kooperationen im kommunalen Energiemanagement“ stattfinden.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340 308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Neue Klimaschutzinitiative fördert kommunalen Klimaschutz

Difu-Servicestelle betreut neuen Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat zu Beginn des Jahres 2008 eine umfassende Klimaschutzinitiative gestartet. Ziel ist es, die Potenziale für den Klimaschutz durch die Steigerung der Energieeffizienz und eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien breitenwirksam und kostengünstig zu realisieren. Außerdem sollen zukunftsweisende Klimaschutztechnologien und innovative Ideen durch Modellprojekte unterstützt und verbreitet werden. Dazu werden Förderprogramme aufgelegt und Wettbewerbe ausgeschrieben. Die Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz“ gehört zu den Aufgaben, die das Deutsche Institut für Urbanistik übernommen hat. Die „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Difu ist zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für alle Fragen rund um den Wettbewerb.

Mit dem Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ sollen Kommunen und Regionen ausgezeichnet werden, die im Klimaschutz besonders vorbildliche Projekte, Maßnahmen oder Strategien realisiert haben. Bewerber können sich Kommunen oder Regionen mit realisierten Projekten, Maßnahmen und Strategien, die in besonderem Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben und eine der drei folgenden Kategorien betreffen:

- Innovative technische und/oder bauliche Maßnahmen in kommunalen Gebäuden und Einrichtungen, die zum Beispiel besonders effektiv Energieeffizienz mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbinden.
- Innovative und vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes, durch die zum Beispiel besonders tragfähige Modelle zur Kooperation mit anderen Kommunen (interkommunale Kooperation, Regionen) oder mit der Privatwirtschaft, Handwerksbetrieben, Einzelhandel, Verbänden, Bürgerinitiativen realisiert werden konnten.
- Erfolgreich umgesetzte, innovative Aktionen zur Beteiligung und Motivation der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.

Die Projekte, Maßnahmen oder Strategien sollen Modell- und Vorbildfunktion besitzen und andere Kommunen zur Nachahmung anregen.

Bewerbungsfrist ist der **31. März 2009**.

Preisverleihung/Prämierung

Für die Prämierung der Preisträger werden folgende Preisgelder vergeben:

- Kategorie „Maßnahmen/Projekte“
je 50 000 Euro
- Kategorie „Strategien“
je 10 000 Euro
- Kategorie „Aktionen/Motivation“
je 20 000 Euro

Das Preisgeld wird an die Maßgabe gekoppelt, dieses in die Umsetzung von Klimaschutz-Maßnahmen zu investieren. Die Preisträger werden vor der Preisverleihung gebeten, die Maßnahmen zu benennen. Die Preisverleihung soll damit nicht das Ende der Aktivitäten markieren, sondern von den Preisträgern vielmehr als „Startschuss und Motivation für das Weitermachen, Optimieren und für neue Aktivitäten“ gewertet werden.

Die Preisverleihung selbst findet in größerem Rahmen statt und wird durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet. So sollen die preisgekrönten Kommunen und Regionen bundesweit bekannt gemacht werden, zur Nachahmung anregen und zugleich für eine Beteiligung im Rahmen des Förderprogramms „Kommunaler Klimaschutz“ sorgen.

Die Preisverleihung wird voraussichtlich Ende Juni 2009 stattfinden.

Kontakt

Deutsches Institut für Urbanistik
Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz
Lindenallee 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/340 308-15
Telefax: 0221/340 308-28
E-Mail: kontakt@kommunaler-klimaschutz.de
Internet: www.kommunaler-klimaschutz.de

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340 308-18
Fax: 0221/340 308-28
E-Mail: roesler@difu.de

<http://www.difu.de>
<http://umsicht.difu.de>
<http://www.kommunaler-klimaschutz.de>

Infrastruktur und Stadtentwicklung

Welche Richtwerte sollten künftig gelten, damit veränderte Rahmenbedingungen der Siedlungsentwicklung sowie der Ver- und Entsorgungssysteme im städtebaulichen Entwurf berücksichtigt werden? Dieser Frage geht das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der Wüstenrot Stiftung nach.

Zentrale und über viele Jahrzehnte vergleichsweise stabile Rahmenbedingungen der Versorgung unserer Städte mit Energie, Wärme und Wasser sowie der Abwasserentsorgung sind gegenwärtig ebenso erheblichen Veränderungen unterworfen wie Rahmenbedingungen der Ausstattung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und der Alltagsmobilität („Verkehr“). Es besteht große Unsicherheit hinsichtlich der Frage, wohin sich die städtischen Bauformen entwickeln werden und entwickeln müssen. Denn sie müssen einerseits der abnehmenden und zugleich älter werdenden Bevölkerung und andererseits notwendigen Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie der baulichen Anpassung an den Klimawandel gerecht werden. Ungeklärt ist auch die Frage, inwieweit es künftig noch einer zentralen Struktur der Ver- und Entsorgung bedarf oder ob nicht der Ausbau von regenerativen Formen der Energieversorgung, die verstärkte Hinwendung zu energieeffizienten Bauformen bis hin zum Passivhaus sowie eine intensiviertere Kreislaufführung von Ressourcen künftig viel stärker semi- oder gar dezentrale Strukturen entstehen lässt. Eine ganz andere Frage ist, welche Motorisierung bei steigenden Energiepreisen und einer zugleich schrumpfenden und älter werdenden Bevölkerung zu erwarten ist. Dies kann bei der Frage der Siedlungsentwicklung nicht außer Acht gelassen werden und steht in enger Verbindung mit Standortstrategien, Bau- und vor allem Betriebsformen der sozialen Infrastruktur (Kinderkrippen, Schulen, Freizeitzentren, Altenheimen).

Städtebauliche Orientierungen zum Umgang mit diesen Herausforderungen sind bisher nicht vorhanden und die vielerorts weiter zunehmende Entkoppelung von planender Verwaltung einerseits, Ver- und Entsorgungsunternehmen bzw. Leistungserbringern andererseits, erschwert das notwendige systemische Nachdenken über Städtebau und städtische Infrastrukturen.

Zu konstatieren ist ein erhebliches Forschungsdefizit hinsichtlich der Frage, wie sich die öffentlichen, technischen aber auch sozialen Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen entwickeln werden und welche Auswirkungen auf und Wechselwirkungen mit städtebaulichen Bauformen bestehen. Die Entwicklung von städtebaulichen Orientierungswerten, mit denen der künftige Bedarf und die Auswirkungen auf die Erschließung abgeschätzt werden können, dürfte daher ebenso von erheblicher Bedeutung sein, wie die Dokumentation und Analyse von zukunftsorientierten Beispielen aus der Praxis („Good Practice“), um auf dieser Basis eine den skizzierten Herausforderungen durchdachte be- gegnende Planung zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund hat das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der Wüstenrot Stiftung im Oktober 2008 ein neues Projekt zum Thema „Infrastruktur und Stadtentwicklung“ gestartet. Das Ziel des Vorhabens ist die systematische Erfassung jener Determinanten, die absehbar die Ver- und Entsorgung unserer Städte mit Energie, Wärme und Wasser (ggf. auch die Mobilitätsentwicklung) sowie mit Leistungen und baulichen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur verändern werden. Hier soll im Weiteren insbesondere untersucht werden, welche Wirkungsketten mit diesen Veränderungen verbunden sind. Dies schließt die Erfassung und Bewertung alternativer Systemlösungen in Hinblick auf ihre erwartete technisch-wirtschaftliche Einsatzfähigkeit ein. Damit verbundene Fragen ihrer Organisation werden geprüft und Fragen der räumlichen Verteilung (insbesondere im Bereich sozialer Infrastruktur) systematisch und für unterschiedliche Gebietstypen erfasst. Diese Bestandsaufnahme erfolgt unter Ermittlung nationaler und internationaler Beispiele, die zugleich im Sinne einer „Good Practice“-Datenbank systematisch und mit Blick auf ihre systemische Funktionalität (Kosten, Flächenbedarf usw.) aufbereitet werden.

Die Untersuchung soll die Basis für die spätere Entwicklung qualitativer und quantitativer Orientierungswerte für den städtebaulichen Entwurf bilden. Die zu entwickelnden Orientierungswerte sollen helfen, den künftigen Bedarf abzuschätzen und eine den veränderten Randbedingungen entsprechend durchdachte Planung zu ermöglichen.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt
Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Dipl.-Geographin Hadia Köhler
Telefon: 030/39001-151
E-Mail: hkoehler@difu.de

Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und Extranet

Seminarberichte, Vorträge, Online-Publikationen

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwanderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

www.difu.de/extranet/.

Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben. Weitere Informationen zum Verfahren www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml

Links, die ins Extranet führen, sind ausschließlich für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwanderstädte zugänglich.

Difu-Newsletter „Berichte“ 4/08

Gesamtes Heft als PDF:
www.difu.de/archiv/Ber-08-4.pdf
HTML-Format: www.difu.de/publikationen/difu-berichte/4_08/

Transformation städtischer Wasser-Infrastrukturen: Internationale Erfahrungen

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=FU08RK6B>

Sonderveröffentlichung: Planspiel 2008 Neuordnung des Raumordnungsrechts

www.difu.de/publikationen/abfrage.php3?id=988

Seminardoku: Parken in der Stadt – zur Praxis der Parkraumbewirtschaftung

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08ParkeninderStadt

Vorträge und Fotos:

Fahrradkommunalkonferenz

www.fahrradakademie.de/fahrradkonferenz/2008-11-12-frankfurt-vortraege.phtml
www.fahrradakademie.de/fahrradkonferenz/2008-11-12-frankfurt-fotos.phtml

Vortrag: Standortprofile europäischer Städte auf Basis des European Perception Survey im Urban Audit

www.difu.de/extranet/vortraege/08seidel-schulze-standortprofile.pdf

Vortrag: Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen

www.difu.de/extranet/vortraege/08-11-12-difu-dialog.pdf

Vortrag: BMBF-Förderschwerpunkt REFINA

www.difu.de/extranet/vortraege/08bock-refina.pdf

Vortrag: Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren

www.difu.de/extranet/vortraege/08-kuehn-einkaufszentren.pdf

Seminardoku: Umweltzonen und City-Maut Konzepte: Erfahrungen, Perspektiven/Mobility Management by Environmental Zones and Urban Charging

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08Umweltzonen/

Vortrag: Folgen der Ausgliederung großer Teile kommunaler Daseinsvorsorge in private Rechtsformen und der Privatisierung von Leistungen in Hinblick auf die demokratische Kontrolle und die politische Handlungsfähigkeit von Kommunen

www.difu.de/extranet/vortraege/08-libbe-privatisierung.pdf

Vortrag: Gesundheitsförderung in der „Sozialen Stadt“

www.difu.de/extranet/vortraege/08-Boehme-Perspektive-Gesundheit.pdf

Seminardoku: Wohnstandort Innenstadt – neue Lebensstile, neue Wohnformen, neue Anforderungen

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08wohnstandort/

Seminardoku: Moderations- und Mediationsverfahren in städtebaulichen Planungsprozessen

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08moderation/

Seminardoku: Erfahrungsaustausch Mobilfunk

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08mobilfunk.bericht.phtml

Seminardoku: Kommunale Bildungslandschaft – Wunsch oder Wirklichkeit?

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08KommunaleBildungslandschaft/

Vortrag: Kommunale Straßeninfrastruktur: Difu-Studie zum Investitionsbedarf, Investitionsrückstand und Lösungsvorschläge

www.difu.de/extranet/vortraege/08-bracher-verkehrsforum-gibs-verkehr.pdf

Vortrag: Stellenwert Lokaler Ökonomie im Kontext Integrierter Stadtteilentwicklung

www.difu.de/extranet/vortraege/08-strauss-lokale-oekonomie.pdf

Veröffentlichung: Die europäische Dienstleistungsrichtlinie: Bedeutung für Kommunen

www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/DLR2008/EA_Papier_DLR_Bedeutung_fuer_Kommunen.pdf

Difu aktiv

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann wurde zum Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gewählt.

Jens Libbe referierte am 30.10.2008 im Rahmen der „Umwelttage“ von Ökostadt Bremen e.V. in Bremen zum Thema „Wasser: Ware oder Gemeinschaftsgut? Wasserwirtschaft zwischen Gemeinwohlsicherung, Privatisierung und Europäischem Wettbewerbsregime“.

Bettina Reimann hielt am 12.11.2008 in Völklingen auf der Fachtagung „Die gesunde soziale Stadt“ der LAG für Gesundheitsförderung Saarland e.V. den Eröffnungsvortrag „Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Ausgangslage, Herausforderungen, Umsetzung“. Am 22.10.2008 referierte sie zum Thema „Gesundheitsförderung im Programm Soziale Stadt“ in Potsdam auf der in Kooperation mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) sowie dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie durchgeführten Fach-

tagung „Hauptsache, es steckt Gesundheit drin – Gesundheit als Thema einer integrierten Stadtentwicklung“.

Cornelia Rösler hielt am 29.10.2008 im Rahmen des IfS-Kurses „Stadtentwicklung und kommunaler Klimaschutz“ im Abgeordnetenhaus Berlin den Vortrag „Klimaschutzkonzepte in Städten und Gemeinden: Handlungsfelder – Möglichkeiten – Finanzierung“.

Stefan Schneider referierte am 22. 10.2008 auf Einladung des Bauindustrieverbandes NRW e.V. vor den Mitgliedern der Landesfachabteilung Leitungstiefbau zur Schätzung des kommunalen Investitionsbedarfs 2006 bis 2020.

Maic Verbücheln nahm am 28./29.10. 2008 am Workshop „Waste management at local level, facing EU requirements in Macedonia“ in Mazedonien mit den Vorträgen „Communication of the new waste management approach to the public“ und „System of waste management in Germany, turning waste into benefit, outlook for the future“ teil.

Difu-intern

Neu im Institut

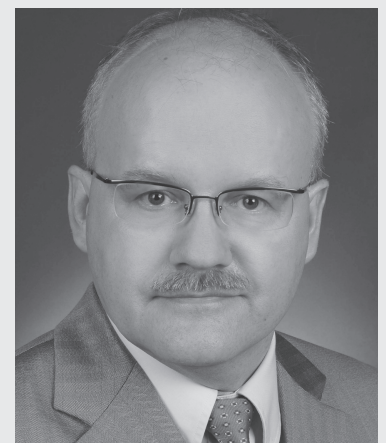
Seit Mai 2008 leitet **Dagmar Kath** die Personalstelle des Difu. In den Jahren zuvor war sie in gleicher Funktion bei der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, einer Zuwendungsempfängerin in etwa vergleichbarer Größenordnung, tätig. Berufsbegleitend absolvierte Dagmar Kath zunächst eine Weiterbildung zur Personalreferentin und im Anschluss ein Studium der Sozialen Verhaltenswissenschaften an der Fernuniversität Hagen.



Dagmar Kath

Seit Oktober 2008 ist **Andreas Meißler** als kaufmännischer Geschäftsführer im Difu tätig. Zu seinem Verantwortungsbereich gehören alle kaufmännischen Angelegenheiten des Instituts, wie Rechnungs- und Finanzwesen, Personalmanagement, Controlling, Statistik, Allgemeine Verwaltung, betriebsbedingte Rechtsfragen, Datenverarbeitung

und Datenschutz. Andreas Meißler ist Diplom-Kaufmann und hat berufsbegleitend einen Abschluss als Magister Public Health erworben. In den letzten 25 Jahren ist er in unterschiedlichen Leitungspositionen in privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Unternehmen tätig gewesen.



Andreas Meißler

Mediennachlese

Gesundheitsförderung sollte in der Gemeinwesenarbeit und im Quartier-Management eine größere Rolle spielen als bisher. ... Wo Armut, Arbeitslosigkeit und belastende Lebensverhältnisse herrschten, unterlägen gerade Kinder erhöhten Risiken, sagte Bettina Reimann vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Die „Chancen auf Gesundheit“ seien ungleich verteilt, weshalb Förderung nötig sei. ... Bettina Reimann warnte vor „zu viel Pädagogik“, man müsse auch den „Lustfaktor“ berücksichtigen, also etwa Kochkurse für Migranten anbieten.

Saarbrücker Zeitung, 13.11.2008

Der Startschuss für den vierten kommunalen Wettbewerb zur Suchtprävention ist gefallen. Alle deutschen Städte, Gemeinden und Kreise sind aufgerufen, bis zum 15. Januar ihre Konzepte zum Thema „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“ einzureichen. Ziel des Wettbewerbs ist es, gute Ansätze in der Suchtprävention auf kommunaler Ebene hervorzuheben und bundesweit bekannt zu machen. ... Der Wettbewerb wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) veranstaltet und vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) organisiert. Das Preisgeld für vorbildliche Maßnahmen von der Suchtprävention beträgt insgesamt 60 000 Euro. Die Spitzenverbände der Krankenkassen beteiligen sich am Wettbewerb mit einem Sonderpreis in Höhe von 10 000 Euro. ... Die Abschlussveranstaltung des Wettbewerbs und Bekanntgabe ist am 29. Juni 2009 in Berlin. ...

Rheinische Post, 11.11.2008

Bisher gab es in Deutschland meist nur Entweder-Oder: Wer ein eigenes Haus mit Garten haben wollte, musste hinaus in Richtung Vorort. Denn in der Innenstadt gab es doch nur Wohnungen mit Balkon oder Terrasse. Inzwischen beginnen Städteplaner, Bauunternehmer und Architekten, das Konzept der so genannten „Townhouses“ wieder zu entdecken: Schmale, hohe, aneinandergereihte Häuser mit einem kleinen Garten mitten in der Stadt bieten eine Alternative zur Doppelhaushälfte im Speckgürtel der Großstädte. „Die Idee der Townhouses ist eigentlich nicht neu“, erklärt Klaus Beckmann, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Berlin). Eng stehende Stadthäuser mit einem geringen Flächenbedarf bei vergleichsweise hoher Wohnqualität habe es in vielen Großstädten seit jeher gegeben. Eine besonders ausgeprägte Tradition haben sie in Großbritannien oder auch in den Niederlanden.

„Aber auch in Bremen oder Hamburg findet man sie bis heute.“ ... Kurze Verkehrswege zur Schule und Arbeitsstätte, kulturelle Angebote und vielseitige Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten lassen die Stadt als Wohnraum wieder attraktiver werden, erklärt Beckmann; „Das hat auch mit den neuen Lebens- und Haushaltsformen zu tun. Es gibt viele Singles oder kinderlose Paare, und die wollen meist gar nicht weg aus der Stadt.“ In Familien gehen heute oft beide Partner einem Beruf nach. „Wohnt man außerhalb, kosten lange Wege viel Zeit und Geld“. ... Eine Variante sind so genannte Baugruppen, die gemeinsam ein Townhouse errichten und bewirtschaften. „Das können zum Beispiel zwei Familien in ähnlichen Situationen sein, die sich gegenseitig bei der Kinderbetreuung helfen, oder aber auch Ältere und Jüngere, die voneinander profitieren“, erzählt Beckmann.

Die Welt, 8.11.2008

... Auf der Suche nach einem Investitionsprogramm zur Konjunkturbelebung bringt die ostdeutsche Wirtschaft den Solidarpakt ins Spiel. ... „Der Nachholbedarf in der ostdeutschen Infrastruktur ist noch immer riesig. Deshalb könnte es sinnvoll sein, den Solidarpakt in seiner bisherigen Höhe weiterzuführen“, sagt Heiko Stiepelmann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der Bauindustrie. ... Stiepelmann beruft sich auf eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik, wonach der kommunale Investitionsbedarf bis 2020 in den neuen Ländern deutlich größer ist als in den alten: knapp 9440 statt 8310 Euro je Kopf. Absolut seien 158,4 Milliarden Euro nötig, vor allem für Straßen und Wassersysteme. Dafür seien Förderprogramme unerlässlich, sagt Stiepelmann. „Entscheidend ist, dass das Geld wirklich der Infrastruktur zugute kommt und nicht für Personal versickert.“ ...

FAZ, 3.11.2008

Nach neunjähriger Programmlaufzeit hat sich in den Programmgebieten der Sozialen Stadt vieles zum Besseren gewandelt. Zu diesem Ergebnis kommt die beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelte Bundestransferstelle Soziale Stadt in ihrem aktuellen Statusbericht. So wurde u.a. festgestellt, dass sich vor allem die Situationswahrnehmung in den Quartieren verbessert hat: Das Spektrum der Rückmeldungen reicht von dem Gefühl, von Politik und Verwaltung nicht nur wahr-, sondern auch ernst genommen zu werden, über die Feststellung,



vieles habe sich im Stadtteil getan, bis hin zur Überzeugung, nun in einem lebenswerteren Quartier mit positiverer Grundstimmung zu wohnen. ... Durch das Programm Soziale Stadt wurden bis 2007 etwa 500 Stadtteile in rund 320 Gemeinden mit mehr als 2 Mrd. Euro gefördert. Jedes Jahr werden etwa 50 neue Quartiere in das Programm aufgenommen.

Innovative Verwaltung 11/08

... Ein Einkaufs-Center ist für manche Menschen ein Shopping-Paradies, denn alle vermeintlich wichtigen Läden befinden sich zentriert an einem Fleck und niemand muss viel herumlaufen. ... Für andere Menschen sind Shopping-Center künstliche Einkaufswelten mit immer den gleichen Geschäften und das alles ohne Innenstadtfair. Die Geschäfte in den Innenstädten mussten darunter sehr leiden. Seit einigen Jahren ändert sich das, denn es entstehen mehr und mehr Shopping-Center in der Innenstadt. Aber wie müssen die sein, damit der gewachsene Einzelhandel in der City trotzdem nicht kaputtgeht? Dr. Klaus Beckmann, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin, im Gespräch mit Sabine Beckmann.

http://www.inforadio.de/static/dyn2sta_article/057/277057_article.shtml

inforadio, Interview, 28.10.2008, 06:25

Uhr... Nichts bleibt, wie es ist – das gilt auch für die kommunale Wirtschaftsförderung. Sie verändert sich kontinuierlich. ... Der Erwartungsdruck, dem sich die Wirtschaftsförderer ausgesetzt sehen, wächst – zu dieser Einschätzung kommt die jüngste Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zur Situation und den Perspektiven der kommunalen Wirtschaftsförderung in Deutschland. Dass vielerorts die Ressourcen knapper wurden und werden, bringt die Akteure dabei in ein Dilemma. ... Durch die Beschäftigung mit Innovationsnetzwerken und der Ansiedlung von Unternehmen der Hochtechnologie rückt eine Auswirkung des demografischen Wandels ... ins Blickfeld der Wirtschaftsförderer: der Fachkräftemangel. In gut der Hälfte der vom Deutschen Institut für Urbanistik befragten Kommunen wird er mittlerweile thematisiert.

Der Gemeinderat, 17.10.2008

... Nach den Ergebnissen einer Studie, die im Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt wurde und die Anfang Oktober unter dem Titel „Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung“ veröffentlicht werden soll, ist Globalisierung ein Prozess, der auf eine lange Geschichte zurückblickt und dessen aktuelle Gestalt sich einer Reihe von Triebkräften verdankt. ... Maßgebliche

Folgen dieser Entwicklungen und Strategien waren und sind zunehmende Vernetzung, wachsende globale Arbeitsteilung, ein sich verschärfender, immer weitere Räume und Bereiche einbeziehender Wettbewerb, tiefgreifende Veränderungen auf Seiten der Wirtschaft und ihrer Unternehmen sowie eine allgemeine Beschleunigung von Arbeitsverfahren, Produktionsprozessen und dem Transport von Gütern, Finanzen und Informationen. ... Städte und Gemeinden begegnen diesen Herausforderungen mit einer Vielzahl von Aktivitäten, deren Schwerpunkte und Gestalt gleichfalls von den Strukturen, Handlungsmöglichkeiten und Akteurskonstellationen des Einzelfalls abhängen. ...

Demokratische Gemeinde, 10/2008

... Wie lassen sich Umzugswillige für den Wohnstandort Innenstadt begeistern? Wie können Kommunen bei der Planung neuer Wohngebiete unterstützt werden, damit diese auch in Zukunft lebenswert und bezahlbar bleiben? Was kann man aus Szenarien lernen, die für eine bessere Abstimmung der Siedlungsentwicklung zwischen Stadt und Umland entwickelt wurden? Zu diesen und weiteren Fragen eines nachhaltigen Flächenmanagements in Kommunen und Regionen liefert die „Flächenpost“ künftig beispielhafte Antworten. Im Monatsrhythmus werden Praxiserfahrungen und Innovationen verständlich und übersichtlich in Wort und Bild vorgestellt. Die „Flächenpost“ wird vom Deutschen Institut für Urbanistik herausgegeben. Die erste Ausgabe der Flächenpost im September widmete sich folgendem Thema: „Ausblick 2030: überraschende Möglichkeiten – Innenentwicklung deckt Wohnbaulandbedarf mehr als erwartet ab“.

Kommunalpolitische Blätter, 10/2008

... Bundesweit 399 Einkaufszentren mit jeweils mehr als 10 000 qm Mietfläche waren zum Stichtag 1. Januar 2008 in Betrieb. Bei einem Gesamtvolumen von 10,1 Millionen qm ergibt sich daraus eine durchschnittliche Größe je Center von 31.500 qm. ... Zeitgleich mit der Veröffentlichung des aktuellen EHI Shopping-Center-Reports sind die ersten Ergebnisse einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) bekannt geworden, die sich mit den Auswirkungen großer innerstädtischer Einkaufszentren befasst. ... Die Studie kommt schließlich zu dem Schluss, dass sich Innenstädte durchaus auch ohne ein Einkaufszentrum entwickeln können, nennt aber als unabdingbare Voraussetzung dafür ein „möglichst komplettes Einzelhandelsangebot mit modernen Einzelhandelsformaten in einem möglichst kompakten Innenstadtraum“.

Handelsjournal, 9/2008

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) GmbH
Postfach 120321, D-10593 Berlin

Redaktion

Steffen Mielke (Praktikant)
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichtevertreiber

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

www.difu.de/difu-news

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 34

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P & R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten:
Deutsches Institut für Urbanistik
Pressestelle
Postfach 120321, 10593 Berlin

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren**

Von Rolf Junker, Gerd Kühn, Christina Nitz und Holger Pump-Uhlmann
2008. Bd. 7. 232 S., zahlreiche farbige Abb., Tab., Übers., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-461-8

__ Expl. Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung

Von Werner Heinz
2008. Bd. 6. 356 S., 38,- Euro
ISBN 978-3-88118-456-4

__ Expl. Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik

Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement
Hrsg. von Holger Floeting
2008. Bd. 5. 288 S., 31,- Euro
ISBN 978-3-88118-450-2

__ Expl. Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen

Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien
Von Michael Reidenbach u.a.
2008. Bd. 4. 468 S., 41,- Euro, ISBN 978-3-88118-454-0

__ Expl. Städtebauliche Verträge – ein Handbuch

Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage
Von A. Bunzel, D. Coulmas, G. Schmidt-Eichstaedt
2007. Bd. 2. 400 S., 34,- Euro, ISBN 978-3-88118-428-1

Difu-Impulse**__ Expl. Steuerung des städtischen Kfz-Verkehrs**

Parkraummanagement, City-Maut und Umweltzonen
Hrsg. von Tilman Bracher und Michael Lehmbrock
Bd. 6/2008. 132 S., Schutzgebühr 18,- Euro,
ISBN 978-3-88118-460-1

__ Expl. 2013 – Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz: Was kommt auf die Kommunen zu?

Dokumentation des Seminars von Difu, DST und AGFJ
Hrsg. von Klaus J. Beckmann und Kerstin Landua
Bd. 5/2008. 74 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-455-7

__ Expl. Denkmalschutz und Denkmalpflege in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden

Umfrage zur „Organisation und Aufgabenwahrnehmung Unterer Denkmalbehörden in Nordrhein-Westfalen“
Von Claus-Peter Echter und Andrea Grimm
Bd. 3/2008. 100 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-438-0

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche**

Von A. Bunzel, H. Janning, S. Kruse und G. Kühn
2009. Ca. 260 S., teilw. farbig, Schutzgebühr ca. 33,- Euro
ISBN 978-3-88118-462-5

__ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, M. Geiß
2007. 222 S., Schutzgebühr 31,- Euro
ISBN 978-3-88118-430-4

Difu-Papers**__ Expl. Lebenszufriedenheit in europäischen Städten**

Auswertung des Urban Audit European Perception Survey
Von Antje Seidel-Schulze
2009. Ca. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro, in Vorbereitung

__ Expl. Flächen im Netz: IT-gestützte Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien in deutschen Kommunen

Von Daniel Zwicker-Schwarm, Busso Grabow und Antje Seidel-Schulze
2009. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft

Von Maic Verbücheln
2009. 24 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven

Von Beate Hollbach-Grömig und Holger Floeting
2008. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Schneller und einfacher gründen: One-Stop-Shops in deutschen Kommunen

Von Busso Grabow und Beate Hollbach-Grömig
2008. 16 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Zeitschriften**__ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft 1/2008: Innenstadtwohnen: Neue Herausforderungen für die Städte
108 S., ISBN 978-3-88118-463-2
Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro

__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 2/2008:
Städtische Kulturförderung
128 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 16,- Euro